



ÄRZTEKAMMER BERLIN

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin hat am 14. April 2021 folgende Resolution beschlossen:

Freie Berufsausübung in Zeiten der Kommerzialisierung – Forderungen der Ärztekammer Berlin für ein patientenorientiertes Gesundheitswesen

**Überarbeitet vom Ausschuss Versorgung gemäß Beschluss der
Delegiertenversammlung vom 18. September 2019 (Stand 17. März 2021)**

Die Delegiertenversammlung der Ärztekammer Berlin bekräftigt ihre seit Jahren geäußerte Kritik an der zunehmenden Kommerzialisierung des Gesundheitswesens. Sie begrüßt grundsätzlich alle Initiativen, die dieses Problem thematisieren und zu einer öffentlichen Debatte beitragen. Trotz schwierigster Rahmenbedingungen bleibt das Wohl der Patientinnen und Patienten der zentrale Maßstab ärztlichen Handelns.

Angesichts einer immer weiter fortschreitenden Kommerzialisierung geraten Ärztinnen und Ärzte im stationären wie ambulanten Bereich immer mehr in ein Spannungsfeld zwischen ihrem Berufsethos und kommerziellen Zwängen. Deswegen müssen Ärztinnen und Ärzte, für die es nach unserer Berufsordnung nicht in Frage kommt, hinsichtlich ihrer ärztlichen Entscheidungen Weisungen von Nichtärzten entgegenzunehmen, als Angehörige eines freien Berufs gestärkt werden. In interdisziplinären Netzwerken und berufsgruppenübergreifenden Strukturen muss die Koordinationsfunktion in ärztlicher Verantwortung liegen.

Mit großer Sorge sehen wir von kommerziellen Interessen getriebene Eingriffe in die Versorgungsstrukturen. Diese gehen oft über das sinnvolle Ziel eines ökonomischen ärztlichen Handelns hinaus und am Bedarf der Patientinnen und Patienten vorbei. In Kauf genommen werden dabei schädliche Eingriffe in die ärztliche Berufsfreiheit. Kommerziell getriggerte Weisungen stellen eine Bedrohung der ärztlichen Entscheidungsfreiheit dar. Profitorientiertes ärztliches Handeln steht sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich einer adäquaten Patientenbehandlung entgegen und schädigt das Vertrauen in die Ärzteschaft.

Die Ärztekammer Berlin wird auch weiterhin die freie ärztliche Berufsausübung in allen Feldern ärztlicher Arbeit verteidigen. Diese muss ausdrücklich von der Politik anerkannt und gefördert werden.

Der Charakter der freien Berufsausübung muss bereits Thema während der ärztlichen Ausbildung an den Universitäten und während der Weiterbildung werden. Die Ärztekammer Berlin wird dazu weitere Initiativen ergreifen.

Die Krankenversorgung ist Daseinsvorsorge und damit eine staatliche Aufgabe, wie Polizei und Feuerwehr und darf nicht Kapitalinteressen ausgeliefert werden, deshalb müssen sich die Rahmenbedingungen in unserem Gesundheitswesen ändern.

Hier erscheinen uns folgende Maßnahmen besonders dringlich:

- 1. Das DRG-System muss grundlegend reformiert werden.**
- 2. Der Staat muss seiner Verantwortung für die Krankenhausplanung und -finanzierung wieder gerecht werden.**
- 3. Der weiteren Übernahme der ambulanten Versorgung durch industrielle Investoren oder überregionale private equity Verbände muss entgegengetreten**

werden. Die Finanzierung der ambulanten Versorgung muss versorgungs- und leistungsgerecht sein und Fehlanreize entgegenwirken. Der Investitionsbedarf muss gedeckt sein.